

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 7. Juni 2021

Dossier Nr. 7577, «Arena» vom 30. April 2021 – «Raus aus Corona, rein in den Impfzwang»

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 30. April 2021 beanstanden Sie die obige Sendung wie folgt:

*«Wieso wurden bei der Sendung die Parteien nicht ausgeglichen eingeladen?
Es wurden hauptsächlich Linke / Mitte Linke Gäste eingeladen und nur eine SVPLerinn.
Eine Aufteilung der Gäste in dieser Situation:
SVP, Mitte, SP, Grüne, Anne Levy ist sicherlich nicht ausgewogen, das 3 Gäste starke
Lockdown Befürworter sind, die Mitte ist ebenfalls Befürworter und die SVP ein starker
Gegner schon naher bei den Corona Skeptikern, wieso werden keine normalen kritischen
Politiker aus der FDP eingeladen? So werden die Leute welche keine Coronaskeptiker aber
die Massnahmen teilweise hinterfragen komplett nicht vertreten, nur die Befürworter und
Coronaskeptiker. Dies stört mich sehr, da genau das auch von anderen Medien gemacht
wird und so eine sinnvolle Debatte verunmöglicht wird.»*

Die **Ombudsstelle** hält abschliessend fest:

Bei der beanstandeten Sendung ging es nicht um ein parteipolitisches Thema, sondern darum, ob und wer aus welchen Gründen nach der Covid19-Impfung Erleichterungen geniessen soll. Zwar ist richtig, dass in der Runde vier Parteipolitiker:innen aufgetreten sind. Aber über die Frage, wer sich impfen lassen soll und wer nicht, wird innerhalb der einzelnen Parteien kontrovers diskutiert und dies ist im Übrigen weniger ein politisches denn ein ethisch-gesundheitliches Thema. Dementsprechend ging es in der «Arena» primär um Grundrechte, Bürgerpflichten und Freiheitsrechte. Ob jemand Massnahmenskeptiker oder -befürworter ist, war zweitrangig.

Ganz generell besteht bei der «Arena» kein Anspruch auf eine parteipolitisch ausgewogene Zusammensetzung. Einzig bei «Abstimmungs»-Arenen wird darauf geachtet, dass die Parteien entsprechend ihrer Parteiparole ausgewogen vertreten sind. Bei der Impfdebatte besteht noch weniger als bei rein politischen Themen der «Zwang», das parteipolitische Spektrum ausgeglichen zu berücksichtigen. Zudem stellt sich die Frage, warum die FDP und nicht etwa die Grünliberalen vertreten sein sollen, wenn es um Impfen ja oder nein geht.

Aufgrund der oben dargelegten Betrachtung können wir keinen Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art.4 des Radio- und Fernsehgesetzes RTVG feststellen.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ihre Ombudsstelle SRG Deutschschweiz